DER ZWEIBUND

GEGEN

DIE TRIPELENTENTE

VON

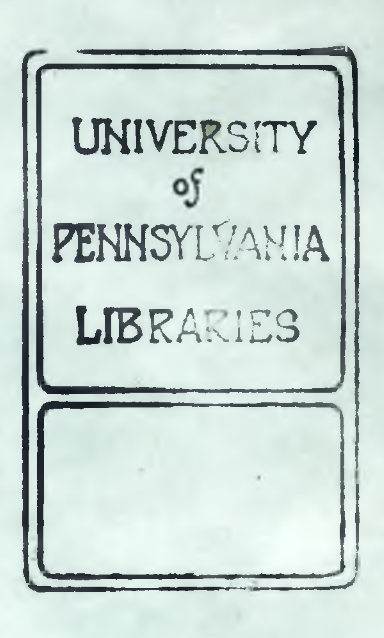
JAMES M. BECK,

VORMALS HILFS-KRONANWALT DER VEREINIGTEN STAATEN
VON AMERIKA.

Neu herausgegeben mit gütiger Erlaubnis des Verfassers, der Herrn G. P. Putnam's Söhne in New York, und der Eigentümer der " New York Times."

Note
Also bears title
Vor dem obersten gerichtshof der
zivilisation

LONDON:
EYRE AND SPOTTISWOODE, LTD.
1915.


UNIVERSITY
of
PENNSYLVANIA
LIBRARIES

DER ZWEIBUND

GEGEN

DIE TRIPELENTENTE

VON

JAMES M. BECK,

VORMALS HILFS-KRONANWALT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA.

Neu herausgegeben mit gütiger Erlaubnis des Verfassers, der Herrn G. P. Putnam's Söhne in New York, und der Eigentümer der "New York Times."

LONDON:
EYRE AND SPOTTISWOODE, Ltd.

1915.

VOR DEM OBERSTEN GERICHTSHOF DER ZIVILISATION.

In Sachen des

ZWEIBUNDES

gegen die

TRIPELENTENTE.

Erörtert von JAMES M. BECK, *vormals* HILFS-KRON-ANWALT DER VEREINIGTEN STAATEN.

NEHMEN wir an, es gäbe in diesem Jahr neunzehnhundert und vierzehn einen höchsten Gerichtshof der Zivilisation, wie wir hoffen, dass es später einmal einen solchen geben wird; einen Gerichtshof, vor den souveräne Staaten ihre Rechtsstreite bringen könnten, ohne zu dem widerrechtlichen und weniger wirksamen Verfahren, den Waffen die Entscheidung zu überlassen, ihre Zuflucht zu nehmen.

Nehmen wir weiterhin an, dass jeder der im Streit stehenden Staaten genug Christlichkeit in sich hätte, um zu wünschen, seine Klage solle nicht durch die Macht der Kanonen und Gewehre, sondern in voller Übereinstimmung mit den unvergänglichen Grundsätzen der Gerechtigkeit entschieden werden.

Was würde der Urteilsspruch eines solchen Höchsten Gerichtes sein?

Jede Erörterung der ethischen Seiten dieser grossen Streitfrage muss von der Voraussetzung ausgehen, dass es eine internationale Moral gibt.

Diese Grundwahrheit, die notwendigerweise die Grundlage der ganzen Kultur bildet, wird von einer kleinen Anzahl intellektueller Renegaten bestritten.

Einige von ihnen behaupten, dass moralische Erwägungen der militärischen Notwendigkeit oder dem sogenannten augenscheinlichen Schicksal untergeordnet werden müssen. Dies ist die Lehre Bernhardis.

Andere behaupten, der Krieg sei eine heilsame Schickung, und folglich seien alle Staaten gleichberechtigt, ihn zu führen. Nach dieser Theorie sind alle die jetzt kämpfenden Staaten nur die Opfer des unwiderstehlichen Dranges der Ereignisse, und es ist die höchste Pflicht des Staates, sich auf die systematische Vernichtung seiner Nachbarn, wenn nötig, vorzubereiten.

Trotz der geschickten Plattheiten, in welche diese beiden Lehren eingehüllt werden, geben alle moralisch gesunden Geister zu, dass dieser Krieg ein grosses Verbrechen gegen die Zivilisation ist; und die einzige offene Frage ist die, welche der

beiden streitenden Staatsgruppen für dieses Verbrechen moralisch verantwortlich ist?

Hatte Österreich ein volles Recht, Serbien den Krieg zu erklären?

Hatte Deutschland ein volles Recht, Russland und Frankreich den Krieg zu erklären?

Hatte England ein volles Recht, Deutschland den Krieg zu erklären?

Da die letzte Frage die ist, welche sich am leichtesten beantworten lässt, soll sie zuerst untersucht werden.

ENGLANDS RECHTFERTIGUNG.

Englands Rechtfertigung beruht auf dem feierlichen Vertrag von 1839, laut dessen Preussen, Frankreich, England, Österreich und Russland sich verbürgen, die "beständige Neutralität" Belgiens zu beschützen; er ist von Bismarck, dem damaligen Kanzler des Norddeutschen Bundes, am 22. Juli 1870 bestätigt worden, und wieder noch letzthin, wie in dem belgischen Graubuch dargelegt ist.

Im Frühjahr des Jahres 1913 war der Budget-Ausschuss des Reichstags mit den militärischen Voranschlägen beschäftigt. Im Laufe der Verhandlungen sagte der deutsche Staatssekretär:

> „Die Neutralität Belgiens ist durch internationale Verträge geschützt, und Deutschland ist entschlossen, diese Verträge zu halten."

Zur Bestätigung dieser ernsten Beteuerung fügte der Kriegsminister in derselben Verhandlung hinzu:

> „Belgien kommt nicht in Frage, was die Rechtfertigung für die Neugestaltung der deutschen Heeresorganisation betrifft. Die Rechtfertigung für sie ist die Lage im Osten. Deutschland wird nicht vergessen, dass die belgische Neutralität durch internationale Verträge verbürgt ist."

Ein Jahr später, am 31. Juli 1914, versicherte Herr von Below, der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, dem belgischen Ministerium, es sei ihm bekannt, dass der deutsche Kanzler i. J. 1911 erklärt habe „dass Deutschland nicht beabsichtige, unsre Neutralität anzugreifen," und "dass er sicher sei, die damals ausgedrückten Gesinnungen hätten sich nicht geändert." (*Siehe* Belgisches Graubuch, Nr. 11 und 12.)

Es erscheint unnötig, die gänzliche Missachtung dieser feierlichen Versicherungen und Verbindlichkeiten zu erörtern, da der jetzige Kanzler des deutschen Reichs, in seiner Rede an den Reichstag und an die Welt vom 4. August 1914, offen zugab, dass der Einfall der deutschen Truppen in Belgien ein Unrecht war. Er sagte:

> „Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet

u (33)25488 Pk 245 4500 4/15 E & S A 2

betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsre Flanke am untern Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht—ich spreche offen—das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut!"

Diese Verteidigung ist nicht einmal eine Vorschützung entgegenstehender Tatsachen; es ist einfach ein Geständnis der Schuld vor der ganzen Welt. Sie hat nur ein Verdienst, und das ist, dass sie nicht das Verbrechen durch Hinzufügung von Heuchelei noch verschlimmert. Sie begründet Deutschlands Handlung durch die von Treitschke und Bernhardi aufgestellte Lehre, dass jeder Staat gerechtfertigt sei, seine äussersten Kräfte anzuwenden, um seinen selbstsüchtigen Interessen zu dienen. In dieser Lehre liegt nichts Neues. Das einzig Erstaunliche an ihr ist ihr Wiederaufleben im zwanzigsten Jahrhundert. Sie wurde viel nachdrücklicher von Machiavelli in seiner Abhandlung "Der Fürst" gelehrt, in der er die Taten Cesare Borgias verherrlichte, der die schwächeren Staaten Italiens durch unbarmherzige Schreckensherrschaft, zügellose Grausamkeit und den gemeinsten Betrug vernichtete.

Ist unsere gelobte Zivilisation nicht nur eine dünne Kruste des Barbarentums; ist das Völkerrecht nicht nur die Ethik des Gewehres und das Gewissen der Kanone; hat der Mensch in den vielen Jahrhunderten, seitdem er ein Höhlenbewohner war, wirklich einen moralischen Fortschritt gemacht, so kann diese Antwort Deutschlands das "Anstandsgefühl der allgemeinen Welt" nicht zufriedenstellen. Deutschlands Behauptung, ein Friedensvertrag sei ein Stück Papier, das willkürlich ausser Betracht gelassen werden könne, sobald die selbstsüchtigen Interessen des einen Kontrahenten dies verlangen, ist die Verneinung alles dessen, was Zivilisation bedeutet.

Belgien ist angesichts der Welt gekreuzigt worden. Dass es durchaus in jeder Beziehung unschuldig war, bevor es angegriffen wurde, ist so klar, dass Beweise unnötig sind. Sein freiwilliges Opfer, um seine feierlich versprochene Neutralität zu schützen, ist "so rein, dass seine Tugenden, wie Engel posaunenzüngig, Rache schreien werden, dem tiefen Höllengreuel seines Mords entgegen." Was diese Frage betrifft, könnte der Gerichtshof weder zweifeln noch zögern. Sein Urteil würde schnell gefällt werden und unerbittlich sein.

Ein Diplomatenkrieg.

Die zwei andern obenerwähnten Fragen sind nicht so einfach. Vornehmlich und wahrscheinlich ausschliesslich, beruht die ethische Frage auf den Mitteilungen, die in den letzten Wochen Juli die verschiedenen Kanzleien Europas einander zugeschickt haben; denn es ist eine erstaunliche Eigentümlichkeit dieses, des allergrössten, Krieges, dass er von Diplomaten herbeigeführt wurde. Nehmen wir an, dass sämtliche Diplomaten wirklich den aufrichtigen Wunsch hegten, eine friedliche Lösung der vom österreichischen Ultimatum angeregten Fragen zu finden (dies ist durchaus nicht sicher), so war der Krieg die Folge einer Diplomatie, die nicht nur unwirksam, sondern auch ungeschickt war.

Ich würdige vollkommen den Unterschied zwischen den unmittelbaren Ursachen des Krieges und den vorhergehenden und tieferliegenden Ursachen. Trotzdem wird, während die Welt am 23. Juli 1914 sich in einem Sommerfriedenszustand befindet, eine Frage, die die Unverletztlichkeit von Staaten und das europäische Gleichgewicht schwer berührt, plötzlich durch das österreichische Ultimatum in den Vordergrund gedrängt, und es folgt ein diplomatischer Notenaustausch zwischen den Kanzleien Europas, ein Notenaustausch, der scheinbar den Krieg verhindern soll, und doch so unwirksam ist, dass Krieg entsteht und der Rubikon überschritten wird, bevor die Welt eigentlich weiss, was die verschiedenen Streitfragen, um die es sich handelt, wirklich sind. Die ethische Seite dieses grossen Kampfes muss natürlich grossenteils von den Urkunden abhängen, die aus den amtlichen Schriftstücken bestehen; diese können also ebenso behandelt werden wie durch Urkunden beglaubigte Zeugnisse in einem Rechtsstreit.

Ein wesentlicher Teil dieser Urkunden ist bereits in den britischen und deutschen Weissbüchern und in dem russischen Gelbbuch veröffentlicht worden; und die vorliegende Broschüre hat den Zweck zu erörtern, welches Urteil ein unparteiischer und leidenschaftsloser Gerichtshof, nach Untersuchung dieses Beweismaterials, über die entstandenen Fragen fällen würde.

Deutschlands und Österreichs Verheimlichung von sehr wichtigen Dokumenten.

Erstens würde solch ein Gerichtshof nicht nur durch das, was in den vorgelegten Dokumenten zu finden ist, sondern auch durch die Auslassung von wichtigen bedeutungsvollen Dokumenten, deren Vorhandensein bekannt ist, stark beeinflusst werden.

Aus der offiziellen Verteidigung Englands und Russlands scheint hervorzugehen, dass diese es nicht unterlassen haben, irgend eins der in ihrem Besitz befindlichen Dokumente

vorzulegen ; aber das deutsche Weissbuch zeigt klar, dass äusserst wichtige Dokumente verheimlicht worden sind ; und Österreich hat bisjetzt überhaupt keine der in seinem Besitz befindlichen Dokumente veröffentlicht.

Das deutsche Weissbuch zeigt uns, selbst wenn dies nicht eine ganz offenbare Folgerung wäre, dass viele wichtige Mitteilungen in dieser Krise zwischen Deutschland und Österreich ausgetauscht wurden, und es ist sehr wahrscheinlich, dass auch Mitteilungen zwischen diesen beiden Staaten und Italien ausgetauscht worden sind. Italien hat, trotz seiner unbequemen Lage, der Welt gegenüber die Pflicht, hierüber vollen Aufschluss zu geben. Was ein solcher Aufschluss wahrscheinlich zeigen würde, ist durch Italiens wohl überlegten Entschluss angedeutet, dass seine Verbündeten einen Angriffskrieg angefangen hatten, der es von allen Verpflichtungen des Dreibundes befreite.

Dass zwischen Berlin und Wien Mitteilungen ausgetauscht wurden, deren Wortlaut nie veröffentlicht worden ist, lässt sich nicht bezweifeln. Deutschland gibt es zu und behauptet als Teil seiner Verteidigung, dass es gewissenhaft bestrebt gewesen sei, in Österreich als Vermittler aufzutreten ; aber solche Vermittelungsversuche sind nicht nur nicht durch irgend welche praktischen Folgen bewiesen worden, sondern der Text dieser sehr wichtigen Mitteilungen wird noch in den Geheimarchiven in Berlin und Wien aufbewahrt.

So wird in der offiziellen Entschuldigung für Deutschland gesagt, obgleich Österreich sich geweigert habe, den Vorschlag Sir Edward Greys, die serbische Antwort solle „als Grundlage für weitere Besprechungen" dienen, anzunehmen :

> "Trotzdem haben wir unsre Vermittelungsversuche bis zum Äussersten fortgesetzt und haben in Wien geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen." *

Dieses würde überzeugender sein, wenn das deutsche Auswärtige Amt, das andere Dokumente veröffentlicht hat, auch den Wortlaut des Rats, den es in diesem Sinne Wien gab, veröffentlicht hätte.

Dieselbe bezeichnende Lücke ist zu finden, wo diese offizielle Verteidigung erklärt, dass am 29. Juli die deutsche Regierung Österreich anriet, „die Unterhaltungen mit Herrn Sazonof anzufangen." Auch hier ist der Wortlaut in den Schriftstücken, welche das deutsche Auswärtige Amt veröffentlicht hat, nicht zu finden. Die Mitteilungen, die zwischen diesem Amt und seinen Botschaftern in Petersburg, Paris und London ausgetauscht worden sind, sind in ihrem vollen Umfange abgedruckt ; aber es ist sehr bezeichnend, dass unter sieben und zwanzig Mitteilungen, die einen Anhang zu der deutschen offiziellen Verteidigung bilden, sich keine einzige befindet von

---

* Deutsches Weissbuch.

den vielen, die von Berlin nach Wien gegangen sind, und nur eine, die von Wien nach Berlin gegangen ist. Dieses kann kein Zufall sein. Deutschland hat es für gut befunden den Schleier der Verschwiegenheit über den Wortlaut der nach Wien geschickten Mitteilungen auszubreiten, obgleich es vorgibt, den Inhalt einiger derselben anzugeben.

So lange Deutschland nicht willig ist, die wichtigsten der in seinem Besitz befindlichen Dokumente als Belege zu veröffentlichen, darf es sich nicht wundern, dass die Welt, die sich erinnert wie Bismarck die Depesche von Ems verstümmelte, die zum französisch-deutschen Kriege führte, in Bezug auf die Aufrichtigkeit der Vermittelungsversuche Deutschlands ungläubig bleiben wird.

Österreichs Klage gegen Serbien.

Über die Gerechtigkeit von Österreichs Klagen gegen Serbien geben die Dokumente uns keinen Aufschluss. Diese zu untersuchen würde uns auf das Gebiet bestrittener Tatsachen führen und dieser Broschüre eine ganz unangemessene Länge geben.

Wir wollen deshalb einmal davon ausgehen, dass unser gedachter Gerichtshof von Anfang an annimmt, dass Österreich einen gerechten Klagegrund gegen Serbien hatte, und dass die Ermordung des Erzherzogs am 29. Juni 1914, obgleich die Tat österreichischer Bürger mit serbischen Sympathien auf österreichischem Grund und Boden, durch die politischen Umtriebe der serbischen Regierung oder der politischen Organisationen dieses Landes gefördert und unterstützt wurde.

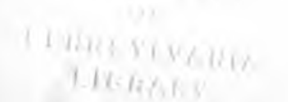
Die zu entscheidende Frage wäre also dann nicht die, ob Österreich eine gerechte Klage gegen Serbien hatte, sondern, ob Österreich die Pflichten, die dieses Land (wie auch alle andern Staaten) der Zivilisation gegenüber hat, in Erwägung ziehend, in richtiger Weise vorgegangen ist, um sich für dieses Unrecht Genugtuung zu verschaffen.

Die Geheimhaltung des Planes des Zweibundes.

Am 28. Juni 1914 wurde der österreichische Thronfolger in Serajevo ermordet. Während fast eines Monats tat Österreich nichts und gab keine öffentliche Erklärung betreffs seiner Absichten. Die Welt sympathisierte tief mit Österreich in seinem neuen Kummer, besonders mit seinem alten Herrscher, der, wie König Lear, "gebeugt durch Gram und Alter zwiefach elend" war.

Die serbische Regierung hatte förmlich jede Mitschuld an der Ermordung in Abrede gestellt und hatte sich anheischig gemacht, jeden serbischen Bürger, der sich an derselben beteiligt hätte, zu bestrafen.

Von Zeit zu Zeit, vom 28. Juni bis zum 23. Juli, kamen halb-offizielle Ankündigungen von Wien, dass Österreich vorhabe, mit grosser Selbstbeherrschung und in der friedlichsten



Weise vorzugehen. Nirgends wurde auch der geringste Wink gegeben, in dieser Zeit des tiefsten Friedens, dass Deutschland und Österreich daran waren, eine Lunte an das Pulvermagazin Europas zu legen.

Dieses ist sehr erkenntlich in dem ersten Brief des englischen Weissbuches, von Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold, vom 20. Juli 1914. Dieser Brief ist eins der wichtigsten Dokumente in der ganzen Korrespondenz. Es ist höchst wahrscheinlich, dass zur Zeit, als dieser Brief geschrieben wurde, Österreichs arrogantes und durchaus unbilliges Ultimatum schon verfasst und in Wien, und vielleicht auch in Berlin, genehmigt worden war; trotzdem wusste Sir Edward Grey, der Minister des Äusseren eines grossen und befreundeten Staates, so wenig von Österreichs Politik, dass er

> „den deutschen Botschafter heute (20. Juli) fragte, ob er irgend Nachrichten habe über das, was in Wien betreffs Serbiens vorginge. Der deutsche Botschafter antwortete 'er habe keine, aber Österreich habe jedenfalls vor, Schritte zu tun.'"

Sir Edward Grey fügt hinzu, dass er dem deutschen Botschafter gesagt habe, er habe erfahren, dass Graf Berchtold, der österreichische Minister des Äusseren

> „in einer Unterhaltung mit dem italienischen Botschafter in Wien, ausdrücklich die Vermutung, dass die Lage eine ernste sei, gemisbilligt habe; er habe jedoch hinzugefügt, dass die Sache aufgeklärt werden sollte."

Der deutsche Botschafter antwortete hierauf, dass es wünschenswert sei, "dass Russland als Vermittler für Serbien handle," so dass der erste Vorschlag, dass Russland die Rolle eines Friedenstifters spielen sollte, von dem deutschen Botschafter in London herstammte. Sir Edward Grey fügt hinzu, dass er dem deutschen Botschafter gesagt habe,

> „er nehme an, dass die österreichische Regierung vor der Veröffentlichung der Gründe ihrer Klage gegen Serbien nichts tun werde, und dass diese sich vermutlich auf das stützen würde, was im Laufe des gerichtlichen Verhörs entdeckt worden sei,"

und der deutsche Botschafter gab hierzu seine Zustimmung.*

Entweder täuschte der deutsche Botschafter damals Sir Edward Grey, nach der Theorie, es sei die Pflicht eines Botschafters "für sein Land zu lügen"; oder der Donnerkeil wurde mit solcher Verschwiegenheit vorbereitet, dass sogar der deutsche Botschafter nicht wusste, was vorging.

Der englische Botschafter in Wien meldete Sir Edward Grey:

> „Der Ablieferung der Note vom 23. Juli in Belgrad an Serbien ging eine Periode absoluten Stillschweigens am Ballplatz vorher."

---

* **Englisches Weissbuch, Nr. 1.**

Dann sagt er, dass mit Ausnahme des deutschen Botschafters in Wien (auf die Wichtigkeit dieser Ausnahme machen wir aufmerksam) kein einziges Mitglied des diplomatischen Corps irgend etwas von dem österreichischen Ultimatum wusste, und dass, als der französische Botschafter das österreichische Ministerium des Äusseren am 23. Juli besuchte, ihm nicht nur vorenthalten wurde, dass das Ultimatum bereits abgeschickt worden war, sondern ihm auch der Eindruck gegeben wurde, seine Fassung sei gemässigt. Graf Berchtold zog nicht einmal den italienischen Botschafter in sein Vertrauen.*

Wusste Deutschland von dem Ultimatum oder hat es dasselbe eingegeben?

Dieses führt zu der interessanten und wichtigen Frage, ob das österreichische Ultimatum Deutschland bekannt war und ob Deutschland es im voraus gutgeheissen hat. War es ihm bekannt, so war es der Doppelzüngigkeit schuldig, denn der deutsche Botschafter in Petersburg gab dem russischen Minister des Äusseren die ausdrückliche Versicherung

> „die deutsche Regierung wusste nichts von dem Wortlaut der österreichischen Note, bevor sie abgeschickt worden war, und hat in keiner Weise den Inhalt derselben beeinflusst. Es ist ein Irrtum, Deutschland eine drohende Haltung zuzuschreiben."†

Diese Behauptung ist an und für sich unwahrscheinlich. Österreich war der schwächere der beiden Verbündeten, und es war Deutschlands Säbel, mit dem es vor ganz Europa rasselte. Es ist klar, dass Österreich keine sehr strengen Massregeln, die unzweifelhaft Russland feindlich stimmen würden, hätte ergreifen können, wenn es nicht durch Deutschland unterstützt wäre; und es ist die Wahrscheinlichkeit, beinah die moralische Gewissheit, vorhanden, dass Österreich sich und Deutschland nicht der Gefahr eines europäischen Krieges ausgesetzt haben würde, ohne vorher mit Deutschland hierüber Rücksprache zu nehmen.

Überdies haben wir die Aussagen von Sir M. de Bunsen, dem englischen Botschafter in Wien, der Sir Edward Grey mitteilte, er habe „private Auskunft, dass der Wortlaut des " österreichischen Ultimatums an Serbien dem deutschen Bot- " schafter (in Wien) bekannt gewesen sei, bevor es abgeschickt " wurde, und dass dieser Wortlaut vom Botschafter dem deut- " schen Kaiser telegraphiert worden sei," und dass der deutsche Botschafter "mit jedem Wort desselben einverstanden sei."‡ Da er die Quelle dieser Privatberichte nicht angibt, so würde diese Aussage für sich allein nicht überzeugend sein; aber

---

* Depesche von Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey, am 1. September 1914.

† Russisches Gelbbuch, Nr. 18.

‡ Englisches Weissbuch, Nr. 95.

wenn wir Deutschlands offizielle Verteidigung in dem deutschen Weissbuch untersuchen, finden wir, dass das deutsche Ministerium des Ausseren zugibt, dass es vor dem Ultimatum von Österreich um Rat gefragt wurde und dass es nicht nur Österreichs Handlung billigte, sondern ihm auch unbedingte Vollmacht zu weiteren Schritten gab.

Dieser Punkt ist so wichtig in der Beurteilung der Aufrichtigkeit von Deutschlands Haltung und seiner friedlichen Erklärungen, dass wir den Wortlaut anführen. Das deutsche Weissbuch, nach Erwähnung der vorherigen Schwierigkeiten zwischen Österreich und Serbien, erklärt:

> „Unter diesen Umständen musste Österreich sich sagen, dass es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar sei, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. Die k. u. k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserm Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, dass eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewusst, dass ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Russland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte."

Die glaubwürdigen Aussagen von Sir M. de Bunsen werden überdies bestätigt durch die Tatsache, dass der britische Botschafter in Berlin, in seinem Brief vom 22. Juli an Sir Edward Grey sagte, dass er am vorigen Abende (21. Juli) den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amts getroffen habe, und dass mögliche Schritte von Seiten Österreichs erwähnt worden seien.

> „Seine Exzellenz war offenbar der Meinung, dass Österreich diesen Schritt schon früher getan haben würde. Er hob hervor, dass dies eine Frage sei, die von Serbien und Österreich allein geregelt werden müsse, und dass niemand anders sich in die Unterhandlungen zwischen diesen beiden Staaten mischen solle."

Er fügt hinzu, dass, obgleich er es für unratsam halte, dass sein Land mit Österreich-Ungarn betreffs dieses Punktes in Unterhandlung trete,

> „er bei verschiedenen Gelegenheiten, in Unterhaltungen mit dem serbischen Minister, Nachdruck darauf gelegt habe, wie ausserordentlich wichtig es sei, die österreichisch-serbischen Beziehungen auf einen guten Fuss zu bringen."*

---

* Englisches Weissbuch, Nr. 2.

Hier haben wir die erste Darlegung der Stellung Deutschlands, eine Stellung die, wie spätere Ereignisse zeigten, gänzlich unhaltbar war, aber an der Deutschland bis zuletzt festhielt und die viel zum Ausbruch des Krieges beitrug. Er vergass die Solidarität der europäischen Zivilisation und die Tatsache, dass durch Politik und diplomatischen Verkehr während vieler Jahrhunderte ein vereinigter europäischer Staat entstanden ist, dessen Organisation allerdings noch sehr unvollständig ist. Er war der Meinung, dass Österreich ohne Einspruch irgend einer andern Macht aggressive Massregeln gegen Serbien ergreifen dürfe, obgleich die Demütigung Serbiens unvermeidlich den Status der Balkanstaaten zerstören und sogar das europäische Gleichgewicht gefährden würde.

Kein Beweis ist nötig, um jeden vernünftigen Menschen davon zu überzeugen, dass dieses österreichische Ultimatum an Serbien brutal in seiner Fassung und unbillig in seinen Forderungen war. Es würde sehr schwer sein, in der Geschichte ein beleidigenderes Dokument zu finden, und seine Widerrechtlichkeit wurde vergrössert durch den kurzen Zeittermin, den es Serbien und Europa zur Verfügung stellte. Serbien hatte acht und vierzig Stunden, um zu entscheiden, ob es seine Souveränität preisgeben und faktisch seine Beteiligung an einem Verbrechen, die es immer geleugnet hat, eingestehen wollte. Da der volle Text des Ultimatums die fremden Kanzleien erst etwa vierundzwanzig Stunden nach seiner Ablieferung an Serbien erreichte, hatten die andern europäischen Nationen kaum einen Tag zur Verfügung, um zu überlegen, was getan werden könne, um den Frieden Europas zu erhalen, ehe dieser Friede schwer gefährdet war.*

Eine weitere Bestätigung dafür dass das deutsche Auswärtige Amt den Inhalt des Ultimatums, wenigstens in den Hauptpunkten, im Voraus gekannt hat, wird durch die Tatsache geliefert, dass am Tage, an dem das Ultimatum abgeschickt wurde, der Kanzler des deutschen Reiches die deutschen Botschafter in Paris, London und Petersburg beauftragte, den englischen, französischen und russischen Regierungen mitzuteilen :

> " bei dieser Sachlage liessen sich das Vorgehen sowie die Forderungen der österreich-ungarischen Regierung nur als gerechtfertigt ansehen."†

Wie konnte Deutschland die Forderungen gutheissen, wenn es den Inhalt des Ultimatums nicht kannte?

Es ist nicht angegeben, zu welcher Stunde diese Anweisungen geschickt wurden ; also ist der Schluss nicht gestattet, dass diese wichtigen Anweisungen nötigerweise früher waren als die Einreichung des Ultimatums in Belgrad um 6 Uhr abends.

*** Englisches Weissbuch, Nr. 5; Russisches Gelbbuch. Nr. 3.**
† Deutsches Weissbuch, Anlage 1 B.

Da aber, wie die diplomatische Korrespondenz klar beweist, das Ultimatum die andern Hauptstädte Europas erst am folgenden Tag erreichte, scheint es unwahrscheinlich, dass das deutsche Auswärtige Amt diese sehr sorgfältig verfasste und formelle Warnung den andern Mächten am 23. Juli geschickt hätte, wenn es nicht gewusst hätte, dass Österreich das Ultimatum abliefern würde, und wenn es nicht zum Mindesten die Hauptpunkte des Ultimatums gekannt hätte.

Es ist zwar möglich, dass Deutschland, während es im allgemeinen das Vorgehen Österreichs guthiess, es absichtlich unterliess, den Text des Ultimatums zu prüfen, damit es später behaupten könnte, es sei für Österreichs Handlung nicht verantwortlich. Diese Handlungsweise würde allerdings den unwürdigen Charakter der ganzen Angelegenheit durchaus nicht verbessern. Aber es ist wahrscheinlicher, dass die Gleichzeitigkeit der Ablieferung von Österreichs Ultimatum in Belgrad und der Warnung Deutschlands an die Mächte eine Folge von gemeinschaftlichem Vorgehen war und einen bestimmten Zweck hatte. Kein Gerichtshof und keine Geschworenen würden in einem Fall, der die gewöhnlichen Lebensfragen betrifft, diese Schlussfolgerung im Geringsten bezweifeln.

Die zuletzt erwähnte Mitteilung des deutschen Auswärtigen Amts nimmt von vornherein an, dass Serbien „ diese Forderungen abschlagen wird " ; weshalb, wenn sie gerechtfertigt sind ? Und Deutschland schlägt Frankreich, England und Russland vor, dass, wenn infolge dieser Weigerung Österreich „ militärische Massnahmen ergreift," „ die Wahl der Mittel ihm überlassen werden muss."

Den deutschen Botschaftern in den drei Hauptstädten wurde der Auftrag gegeben

> " insbesondere der Anschauung nachdrücklich Ausdruck zu verleihen, dass es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handelt, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken das ernste Bestreben der Mächte sein muss,"

und es wurde hinzugefügt, Deutschland wünsche dringend

> „ die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer andern Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde."

Dies ist eines der bedeutungsvollsten Dokumente in der ganzen Korrespondenz. Wenn Deutschland so wenig von der Politik und dem Ultimatum Österreichs wusste, wie sein Botschafter in London vorgab, und wenn zu der Zeit Deutschland Österreich zu seinen gefahrvollen Unternehmungen nicht antrieb und unterstüzte, weshalb hatte dann der deutsche Kanzler die drohende Note an England, Frankreich und Russland geschickt,

in der er erklärt, dass Österreich Krieg gegen Serbien führen dürfe, und dass irgend ein Versuch, sich für die schwächere Nation ins Mittel zu legen, „ unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde" ? *

Einige Tage später schickte der Reichskanzler den verbündeten deutschen Staaten eine vertrauliche Mitteilung, in der er zugibt, dass es möglich sei, dass Russland es vielleicht für seine Pflicht halten werde „ aktiv für Serbien Partei zu ergreifen." Weshalb, wenn Österreichs Klage durchaus gerechtfertigt war ? Der Reichskanzler fügte hinzu

> „ wenn Russland in diesem Konflikte für Serbien eintreten zu müssen glaubt, so ist das an sich gewiss sein gutes Recht."

Er fügte aber auch hinzu, dass, wenn Russland dies täte, so würde das tatsächlich einen Angriff auf die Unantastbarkeit der österreichisch-ungarischen Monarchie bedeuten, und Russland würde dann allein die Verantwortung dafür tragen

> „ wenn aus dem österreichisch-serbischen Handel, den alle übrigen Grossmächte zu lokalisieren wünschen, ein europäischer Krieg entsteht."

In dieser bedeutungsvollen Mitteilung erklärt der deutsche Kanzler das grosse Interesse, das Deutschland an der Bestrafung Serbiens durch Österreich hatte. Er sagt „ unser eigenstes Interesse ruft uns demnach an die Seite Österreich-Ungarns," und er fügt hinzu

> „ sollte indes wider Erhoffen durch ein Eingreifen Russlands der Brandherd eine Erweiterung erfahren, so würden wir getreu unserer Bundespflicht mit der ganzen Macht des Reiches die Nachbarmonarchie zu unterstützen haben."

Die Bemühungen, den Frieden zu erhalten.

Unser Gerichtshof würde wenig Wert auf blosse Versicherungen von Friedenswünschen legen. Eine Nation, gerade wie ein einzelner Mensch, kann eine andere heimtückisch erstechen, während sie fragt, „ Geht es dir gut, lieber Bruder ? " Und auch der Friede der Zivilisation kann durch einen Judaskuss verraten werden. Friedensversicherungen gehören zur Heuchelei der Diplomatie und haben immer die kriegerischsten Nationen gekennzeichnet.

Kein Krieg in neuerer Zeit hat angefangen, ohne dass der Angreifer vorgab, seine Nation wünsche bloss Frieden, und ohne dass er Gottes Hilfe für sein blutgieriges Vorhaben anrief. Es wäre besser, in solchen Fällen den Namen Gottes aus dem Spiele zu lassen.

---

* Deutsches Weissbuch, Anlage 1 B.
† Deutsches Weissbuch, Anlage 2.

Nun wollen wir das Protokoll, so wie es ist, untersuchen; und der Klarheit wegen wollen wir die Ereignisse vor dem Kriege in ihrer Reihenfolge in Erwägung ziehen.

Gleich nach dem Empfang des Ultimatums in Petersburg am 24. Juli sagte der russische Minister des Äusseren in einer formellen Mitteilung an Österreich-Ungarn, dass der kurze Zeittermin „den Mächten eine Frist zur Verfügung stelle, die gänzlich ungenügend sei, um irgend welche nützlichen Schritte zur Beseitigung der entstandenen Komplikationen zu tun"; und er fügte hinzu:

> „Es scheint uns durchaus notwendig, um die unberechenbaren, für alle Mächte gleich verderblichen Folgen zu verhindern, die aus der Handlungsweise der österreichisch-ungarischen Regierung entstehen können, dass der Zeittermin, innerhalb dessen Serbien zu antworten hat, verlängert wird."

Weiterhin schlug Sazonof vor, dass den Mächten Zeit gegeben werden solle, um die Ergebnisse der von der österreichisch-ungarischen Regierung geführten Untersuchung betreffs des Mordes in Serajevo in Erwägung zu ziehen, und erklärte, dass wenn die Mächte überzeugt seien,

> „dass gewisse der Forderungen Österreichs wohlbegründet seien, sie sich in der Lage fühlen würden, der serbischen Regierung entsprechenden Rat zu geben."

Er bemerkt mit Recht

> „eine Weigerung, den Zeittermin des Ultimatums zu verlängern . . . . . würde im Widerspruch mit der Grundlage aller internationalen Beziehungen stehen."*

Könnte irgend ein Gerichtshof die Richtigkeit dieser Behauptung bezweifeln? Der Friede der Welt stand auf dem Spiel. Es wurde nur um Zeit gebeten, um zu sehen, was getan werden könnte, um diesen Frieden zu erhalten, und Österreichs Klagen bis auf den letzten Heller Genugtuung zu verschaffen.

Zur gleichen Zeit als Sazonof um ein wenig Zeit bat, um den Frieden der Welt zu erhalten, hatte Sir Edward Grey den deutschen Botschafter am 24. Juli empfangen, und hatte ihm vorgeschlagen, die einzige Weise, die Katastrophe zu verhindern sei,

> „dass die vier Mächte, Deutschland, Frankreich, Italien und wir selber [England] gleichzeitig in Wien und in Petersburg zusammenwirken."†

Deutschland hatte Österreich nur zu verstehen zu geben, dass "eine anständige Rücksicht auf die öffentliche Meinung" und gewöhnliche Höflichkeit gegen grosse und befreundete Nationen es verlangten, dass nicht allein Serbien, sondern

---

* Russisches Gelbbuch, Nr. 4.
† Englisches Weissbuch, Nr. 11.

auch den andern Nationen, genügende Zeit gegeben würde, gemeinschaftliche Massnahmen für das allgemeine Wohl zu ergreifen; besonders da es in der ruhigen Zeit des Sommers war und viele der führenden Herrscher und Staatsmänner abwesend waren.

War es unter diesen Umständen nicht natürlich, dass Russland am 24. Juli erklärte,

> „dass irgend ein von Österreich unternommener Schritt, um Serbien zu demütigen, Russland nicht unbewegt lassen würde;"

und dass am selben Tage der russische Chargé d'affaires in Wien dem österreichischen Ministerium des Äusseren bemerkte,

> „dass die österreichische Note eine Fassung habe, die es unmöglich mache, sie, so wie sie sei, anzunehmen, und dass die in ihr gebrauchten Ausdrücke sowohl ungebräuchlich als auch peremptorisch seien."

Die einzige Antwort des österreichischen Auswärtigen Amts hierauf war, dass sein Vertreter in Serbien

> „Befehl habe, Belgrad zu verlassen, wenn die österreichischen Forderungen, in ihrer Gesamtheit, nicht bis morgen um 4 Uhr nachmittags angenommen werden."*

Österreichs einziges Zugeständnis im Interesse des Friedens, entweder damals oder später, war die Versicherung, dass Österreich keinen Landeszuwachs verlangen würde, nachdem es Serbien besiegt hätte.

Deutschlands Handlungsweise an diesem Tage, dem 24. Juli, ist sehr bedeutungsvoll. Sein Botschafter in London schickte eine Note an Sir Edward Grey, in der Österreich-Ungarns Klagen und das Ultimatum gerechtfertigt werden durch die Bemerkung:

> „unter diesen Umständen können die Schritte und Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung nur als billig und gemässigt angesehen werden."

Die Note fügt hinzu:

> „Die Reichsregierung (Deutschland) wünscht zu betonen, dass ihrer Meinung nach es sich im jetzigen Fall nur um eine Frage handelt, die ausschliesslich von Österreich-Ungarn und Serbien zu regeln ist. Die Grossmächte sollten sich ernsthaft bemühen, die Frage den zwei unmittelbar daran beteiligten Mächten zur Lösung zu überlassen."†

Am 25. Juli, wahrscheinlich zum grossen Erstaunen Deutschlands und Österreichs, die bestimmt darauf gerechnet hatten, dass Serbien das Ultimatum nicht annehmen werde,

---

* Englisches Weissbuch, Nr. 7.
† Englisches Weissbuch, Nr. 9.

schickte letzteres, dem versöhnlichen Rat Russlands folgend, eine Antwort, in der es, mit Aufopferung seiner Selbstachtung als souveräner Staat, im Grossen und Ganzen alle Forderungen von Österreich annahm, ausser einer einzigen. Was diese betraf, so wurde sie nicht geradezu abgeschlagen, sondern Serbien erklärte, dass es bereit war, sie entweder einem Schiedsgericht oder einer Konferenz der Mächte zur Entscheidung zu überlassen.*

Kein Gerichtshof würde den geringsten Zweifel haben, dass diese Antwort im Grossen und Ganzen eine Annahme der sehr strengen österreichischen Forderungen war; auch hat weder Deutschland noch Österreich ernstlich versucht, dies zu bestreiten. Sie gaben sich damit zufrieden, die Aufrichtigkeit der Versicherungen zu bezweifeln, und nannten die Zugeständnisse einen Schwindel. Was dies betrifft, braucht es nur erwähnt zu werden, dass, wenn Deutschland und Österreich Serbiens Antwort als angemessen angenommen hätten, und wenn Serbien später versäumt hätte, seine Versprechungen auszuführen, Europa wenig Sympathie für Serbien gehabt hätte und kein allgemeiner Krieg entstanden wäre. In der Tat haben Russland und England versprochen, ihren Einfluss zu gebrauchen, um Serbien nötigenfalls zu zwingen, Österreich jede billige Forderung zu gewähren. Die unerledigte Frage, die Serbien bereit war, einem Schiedsgericht oder einer Konferenz der Mächte zur Entscheidung zu überlassen, war die Teilnahme österreichischer Beamten an den serbischen Gerichtshöfen. Dies war kein schwieriges Problem. Österreichs ausgesprochener Wunsch für eine unparteiische Untersuchung konnte leicht erfüllt werden durch eine von den neutralen Mächte ernannte Kommission von Juristen, um diese Untersuchung anzustellen.

Am 24. Juli hatte auch Sir Edward Grey den deutschen Botschafter gebeten, seinen Einfluss in Wien geltend zu machen, um eine Verlängerung des Zeittermins zu erlangen. Die Antwort der deutschen Regierung auf diese durchaus billige Bitte war ausserordentlich hinterhaltig. Sie erklärte ihre Bereitschaft, die Bitte weiterzubefördern, aber der deutsche Minister des Äusseren fügte hinzu, dass, da der österreichische Premier-Minister nicht in Wien sei, es Zeit und Mühe kosten würde, eine Verlängerung des Zeittermins zu erlangen, und

> „er gab ganz offen zu, dass die österreichisch-ungarische Regierung den Serben eine Lektion zu erteilen wünsche und vorhabe, militärisch vorzugehen. Er gab auch zu, dass die serbische Regierung gewisse der österreichischen Forderungen unmöglich annehmen könne."

Er fügte hinzu, dass Deutschland keinen allgemeinen Krieg wünsche und dass „er sein Möglichstes tun werde, ein solches Unheil zu verhindern." †

---

* Englisches Weissbuch, Nr. 39.

† Englisches Weissbuch, Nr. 11 und 18.

Wenn Deutschland im Interesse des Friedens Österreich irgend welche Mitteilung gemacht hat, so ist der Text derselben noch nicht veröffentlicht worden. Ein Wort von Berlin an Wien würde die Zeit gewonnen haben, in der, bei aufrichtig friedlichen Absichten, es vielleicht gelungen wäre, den Frieden zu erhalten. Deutschland, soweit die Dokumente Aufschluss geben, hat dieses Wort nie ausgesprochen.

Vergleichen wir diese Haltung mit der Russlands, dessen Minister des Äusseren am Morgen des 25. Juli sich erbot

> „ beiseite zu stehen, und die Frage in den Händen Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens zu lassen."*

Am 25. Juli schlug Sir Edward Grey vor, die vier Mächte (Deutschland mit eingeschlossen) sollten zusammen

> „ die österreichischen und russischen Regierungen ersuchen, die Grenze nicht zu überschreiten, und so den in Wien und Petersburg handelnden vier Mächten Zeit geben, zu versuchen, die Sachen wieder in Ordnung zu bringen. Schliesst Deutschland sich dieser Ansicht an, so bin ich entschieden der Meinung, dass Frankreich und wir in diesem Sinne handeln sollen. Italien würde zweifellos mit Vergnügen mitwirken."†

Auf dieses billige Gesuch antwortete der deutsche Reichskanzler:

> „ Nach wie vor vertreten wir den Standpunkt, dass diese Frage dadurch lokalisiert werden muss, dass alle Mächte sich der Einmischung enthalten."

Er fügte aber hinzu, dass, falls ein österreichisch-russischer Streit entstände, Deutschland bereit sei

> „ zwischen Russland und Österreich mit den andern Grossmächten zusammen eine Vermittlung eintreten zu lassen." ‡

Es ist sehr schwer, diesen Unterschied zu begreifen. Er ist bloss eine Bagatelle. Russlands Zwist mit Österreich war die Folge des Wunsches des letzteren, Serbien zu Boden zu schlagen. Deutschland wollte dies nicht verhindern, wollte aber als Vermittler zwischen Russland und Österreich auftreten. Vom praktischen Standpunkt aus ist zwischen den zwei Handlungsweisen nicht zu unterscheiden.

Wie Deutschland „ vermittelt " hat, werden wir später sehen.

Alles was Deutschland am 25. Juli tat, soweit es die Dokumente bezeugen, war, dass es Englands und Russlands Bitte um mehr Zeit „ weiterbeförderte " ; aber spätere Ereignisse zeigen, dass diese Bitte ohne irgend welche Beistimmung weiterbefördert wurde ; denn ist es denkbar, dass Österreich die

---

* Englisches Weissbuch, Nr. 17.
† Englisches Weissbuch, Nr. 24 und 25.
‡ Deutsches Weissbuch, Anlage 13.

Bitte seines Verbündeten unbeachtet gelassen hätte, falls diese Bitte je gestellt worden wäre?

Der österreichische Minister des Äusseren verliess die Hauptstadt nach Abschickung des Ultimatums; aber es gelang dem russischen Minister in Wien, diese durchaus billige Bitte mündlich dem Vertreter des Auswärtigen Amts zu unterbreiten; dieser antwortete nur, dass er sie dem Grafen Berchtold vorlegen werde, dass er aber mit Sicherheit eine unbedingt abschlägige Antwort prophezeien könne. Später am selben Tage (25. Juli) wurde Russland benachrichtigt, dass keine Zeitverlängerung gestattet werden würde.*

Ist je der Friede der Welt unter einem so geringfügigen Vorwand vernichtet worden? Ein wenig Zeit, ein paar Tage, sogar einige Stunden, würden genügt haben, um die Welt vor den jetzigen Greueln zu retten; aber keine Zeit konnte bewilligt werden. Ein so schwerwiegendes und doch überstürztes Urteil sollte von diesen diplomatischen Schikaneuren gefällt werden. Es würde schwer sein, in der ganzen Geschichte eine grössere Missachtung einer befreundeten Macht gegenüber zu finden, denn Österreich und Russland standen nicht im Krieg.

Als Englands, Frankreichs und Russlands Bestrebungen zur Erlangung einer Zeitverlängerung fehlgeschlagen waren, machten sie weitere Versuche, den Frieden zu erhalten, indem sie versuchten, momentan die militärischen Vorbereitungen zu unterbrechen, bis Versuche zu einem gütlichen Ausgleich gemacht werden könnten. Sir Edward Grey schlug Deutschland, Frankreich, Russland und Italien vor, sie sollten zusammen Österreich und Serbien bitten, nicht die Grenze zu überschreiten, " bevor wir Zeit gehabt haben, zu versuchen, ihren Streit zu schlichten"; aber der deutsche Botschafter las Sir Edward Grey ein Telegramm vor, das er vom deutschen Auswärtigen Amt erhalten hatte; darin hiess es „hat es „ [Österreich] einmal diese Note [das Ultimatum] abgeschickt, „ so kann Österreich nicht zurückgehen."†

Wie wir gesehen haben, hat Deutschland, so weit es die Dokumente bezeugen, nie irgend einen Versuch gemacht, Österreich zu bewegen, in diesem oder jenem Punkte nachzugeben. Sein Standpunkt ist dargelegt in der Erklärung des deutschen Botschafters in Paris an den französischen Minister des Äusseren; in derselben stellt er in Abrede, dass Deutschland das österreichische Ultimatum gut geheissen habe, fügt aber hinzu, dass Deutschland mit Österreichs Standpunkt einverstanden sei,

> "und da der Pfeil einmal abgeflogen sei, Deutschland sich durch nichts leiten lasse ausser durch seine Pflicht seinem Verbündeten gegenüber."

Es scheint der verhängnisvolle Trugschluss Deutschlands gewesen zu sein, seine Pflichten der Zivilisation gegenüber seien so unbedeutend, dass es seinen Verbündeten Österreich unter-

---

* Russisches Gelbbuch, Nr. 11 und 12.

† Englisches Weissbuch, Nr. 25.

stützen müsse, gleichgültig ob letzteres Recht oder Unrecht habe. Dies war seine Politik, die es mit verhängnisvoller Konsequenz ausführte. Seinen Verbündeten zu unterstützen, wenn es tatsächlich Krieg gibt, mag gerechtfertigt sein, aber ihn in Friedenszeiten in einer widerrechtlichen Forderung und in einer Politik von grober Missachtung zu unterstützen, beleidigt jedes Gefühl internationaler Moral.

Am folgenden Tage schlug Russland Österreich vor, sie wollten sich auf einen Austausch ihrer Ansichten einlassen, um zusammen einige der Paragraphen in der österreichischen Note vom 23. Juli abzuändern. Österreich hat hierauf nicht einmal geantwortet. Der russische Minister teilte diesen Vorschlag dem deutschen Minister des Äusseren mit und drückte die Hoffnung aus, dass er es „möglich finden würde, Wien zu raten, unsern Vorschlag anzunehmen"; aber dies war nicht in Einklang mit der deutschen Politik, denn am selben Tage besuchte der deutsche Botschafter in Paris den französischen Minister des Äusseren, und in Antwort auf einen ähnlichen Vorschlag, dass Deutschland Österreich vorschlagen solle, Serbien in derselben versöhnlichen Weise entgegenzukommen wie Serbien Österreich gegenüber getan hatte, sagte der Botschafter, dass „dies nicht möglich sei, denn man habe „den Beschluss gefasst, sich nicht in den österreichisch-„serbischen Streit zu mischen."

An demselben Tag wurden Frankreich, Italien und Deutschland von England zu einer Zusammenkunft in London eingeladen, um zu beraten, wie man den Frieden Europas erhalten könne; auf diesen nützlichen Vorschlag, der vielleicht den Frieden Europas erhalten hätte, antwortete der deutsche Kanzler mit der elenden Sophisterei, dass „es unmöglich sei, „unsern Verbündeten, was seinen Streit mit Serbien betrifft, vor „ein europäisches Schiedsgericht zu stellen," obgleich er „grundsätzlich" geneigt sei, die Vermittelungspolitik anzunehmen.

Deutschlands „grundsätzliche" Annahme einer Politik, deren Ausführung es vereitelte, erinnert an die das Gesetz beobachtenden Neigungen des Staatsmannes von Maine, der „für das gesetzliche Verbot des Verkaufes geistiger Getränke „war; aber dagegen war, dieses Gesetz durchzuführen."

Deutschlands Weigerung, die serbische Frage den Mächten zu überlassen, ja sie ihnen auch nur vorzulegen, ist besonders auffallend, wenn man sich erinnert, dass der deutsche Botschafter in London Sir Edward Grey mitteilte, dass der deutsche Minister des Äusseren gesagt habe,

> „in der österreichischen Note sind gewisse Zumutungen, von denen man kaum erwarten kann, dass Serbien sie annimmt,"*

so dass es zugegeben war, dass Österreichs Ultimatum ungerecht sei, wenigstens teilweise. Dann machte Sir Edward Grey den

---

* **Englisches Weissbuch, Nr. 46.**

deutschen Botschafter darauf aufmerksam, wenn Österreich sich weigere, die versöhnliche Antwort Serbiens anzunehmen und in jenes Land eindränge

> „so bedeute dies, dass Österreich entschlossen sei, Serbien zu vernichten, es koste, was es wolle, ohne sich um die vielleicht daraus entstehenden Folgen zu kümmern."

Er fügte hinzu, Serbiens Antwort

> „sollte mindestens als Grundlage für weitere Erörterung und Aufschub betrachtet werden,"

und ersuchte die deutsche Regierung, dies in Wien ausdrücklich zu betonen; aber am 27. Juli antwortete der deutsche Minister des Äusseren, dass eine solche Zusammenkunft „nicht ausführbar sei," dass sie „wirklich ein Schiedsgericht sein würde," und dass, seiner Ansicht nach, sie nicht einberufen werden könne „ausser wenn Österreich und Russland es verlangten."*

Es ist ganz klar, dass dies nur ein Vorwand war. Deutschland wusste bereits, dass Österreich keine solche Zusammenkunft wünschte; denn Österreich hatte bereits Russlands Bitte um eine Zeitverlängerung abgeschlagen, und hatte faktisch seine militärischen Operationen bereits angefangen. Deutschlands Haltung ist sehr klar in dem Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an das russische Ministerium des Äusseren gekennzeichnet, in dem er erwähnt, dass er am 27. Juli das deutsche Ministerium des Äusseren besucht und es gebeten habe,

> „es solle Wien in eindrücklicherer Weise ersuchen, diese Vermittelungsversuche anzunehmen. Jagow antwortete, dass er Österreich nicht raten könne, nachzugeben."†

Warum nicht? Russland hatte Serbien geraten, nachzugeben, und Serbien hatte beinah jede Forderung angenommen. Warum konnte das deutsche Ministerium des Äusseren nicht Wien raten, Entgegenkommen mit Entgegenkommen zu vergelten, wenn sein Wunsch, den Frieden zu erhalten, aufrichtig war?

Bevor diese Unterredung stattfand, hatte der französische Botschafter das deutsche Ministerium des Äusseren zum gleichen Zwecke besucht und den englischen Vorschlag befürwortet, dass England, Deutschland, Russland und Frankreich sofort in Petersburg und in Wien Versuche machen sollten, um Österreich und Serbien zu bewegen

> „keine Schritte zu tun, die die jetzige Lage verschlimmern könnten."

*** Englisches Weissbuch, Nr. 43 und 46.**

† Russisches Gelbbuch, Nr. 38.

Hiermit war gemeint, dass weder Österreich in Serbien noch Serbien in Österreich einfallen sollte, bevor die weiteren Unterredungen stattgefunden hätten. Dies schlug der deutsche Minister des Äusseren rundweg ab.

An demselben Tage hatte der russische Botschafter „eine lange und ernste Unterredung" mit dem österreichischen Unterminister des Äusseren. Er drückte den lebhaften Wunsch aus, dass

„etwas getan werden sollte, bevor faktisch ein Einfall in Serbien gemacht worden sei. Baron Macchio antwortete, dass dies jetzt schwierig sein würde, denn es hätte schon ein Scharmützel, in dem die Serben die Angreifer waren, an der Donau stattgefunden."

Darauf sagte der russische Botschafter, sein Land würde sein Möglichstes tun, die Serben ruhig zu halten, und sie zu bewegen

„sich sogar vor einem österreichischen Vorrücken zurückzuziehen, um Zeit zu gewinnen."

Er bat dringend, dem österreichischen Botschafter in Petersburg solle Vollmacht gegeben werden, die Unterredungen mit dem russischen Minister des Äusseren fortzusetzen; letzterer

„sei sehr geneigt, Serbien zu raten, allen Forderungen nachzugeben, die billigerweise an eine unabhängige Macht gestellt werden könnten."

Die einzige Antwort auf diesen billigen Vorschlag war, er würde dem Minister des Äusseren vorgelegt werden.*

An demselben Tag besuchte der deutsche Botschafter in Paris das französische Ministerium des Äusseren und behauptete ausdrücklich, "die Möglichkeit einer Vermittelung oder Konferenz sei ausgeschlossen." Trotzdem, zu gleicher Zeit, teilte der deutsche Reichskanzler London mit, dass er

„Vermittelungsversuche in Wien angefangen habe, genau in der von Sir Edward Grey vorgeschlagenen Weise; und dass er weiterhin dem österreichischen Minister des Äusseren mitgeteilt habe, der russische Minister des Äusseren wünsche eine direkte Unterredung in Wien."

Welche Heuchelei! In der formellen deutschen Verteidigung drückt der offizielle Verteidiger dieses Landes seine Überzeugung aus, dass

„eine Vermittelungsaktion sich nicht auf den lediglich eine österreichisch-ungarische Angelegenheit darstellenden österreichisch-serbischen Konflikt beziehen könne."

Dann behauptet er, dass Deutschland Sir Edward Greys weiteren Vorschlag nach Wien geschickt habe. In demselben wurde Österreich-Ungarn dringend gebeten

„die serbische Antwort entweder als genügend oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen zu betrachten."

---

* Englisches Weissbuch, Nr. 56.

Aber die österreichisch-ungarische Regierung, die Rolle des bösen Teilhabers in der Kombination spielend, "unter voller Würdigung unsrer vermittelnden Tätigkeit" (wie das deutsche Weissbuch mit sardonischem Humor bemerkt) antwortete hierauf, dass diese Bitte "zu spät komme," da sie sie erst nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten erreicht habe.

Bezweifelt irgend ein vernünftiger Mensch nur einen Augenblick, dass, falls Deutschland mehr getan hätte als diese weisen und friedlichen Vorschläge einfach weiterzuschicken, Österreich den Bitten seines mächtigen Verbündeten nachgegeben oder seine militärischen Operationen unterbrochen hätte, falls Deutschland irgend einen Wunsch in dieser Richtung ausgedrückt hätte? Am nächsten Tage, am 25. Juli, wurde die Möglichkeit eines Vergleiches noch weiter verringert, als der österreichische Minister des Äusseren

> „ruhig, aber entschlossen, sagte, dass keine Unterredung, mit der serbischen Note als Grundlage, möglich sei; dass der Krieg heute erklärt werde, und dass der wohlbekannte friedliche Charakter des Kaisers, und auch sein eigner, dafür Gewähr leisten könnten, dass der Krieg nicht nur gerecht, sondern auch unvermeidlich sei; dass dies eine Frage sei, die unmittelbar von den beiden direkt beteiligten Parteien abgemacht werden müsse."

Auf diese arrogante und vernunftswidrige Zumutung, dass Europa die Bürgschaft des österreichischen Ministers des Äusseren, dass Österreichs Klage eine gerechte sei, annehmen müsse, wies der englische Botschafter auf "die wichtigere Seite der Frage," nämlich auf den Frieden Europas hin, und auf diese "wichtigere Seite der Frage," die irgend einen vernünftigen Beamten zur Überlegung bewogen hätte, antwortete der österreichische Minister des Äusseren, dass er

> „auch hieran denke; er sei aber der Meinung, dass Russland sich Operationen wie den bevorstehenden, nicht widersetzen sollte; denn sie bezweckten keine Gebietsvergrösserung, und könnten nicht länger aufgeschoben werden."*

Da also die Privatunterredungen zwischen Russland und Österreich zu keinem Ziel geführt hatten, machte Russland wieder den Vorschlag zu einer europäischen Konferenz zur Erhaltung des Friedens. Am 28. Juli hatte der russische Botschafter in Wien eine Unterredung mit Berchtold und machte ihn aufmerksam auf die Gefährdung des Friedens von Europa und auf die Erwünschtheit von guten Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland.

Graf Berchtold antwortete, dass er den Ernst der Lage und die Vorteile einer aufrichtigen Auseinandersetzung mit dem Kabinett in Petersburg vollkommen begreife.

> „Er sagte mir, andrerseits, dass die österreichisch-ungarische Regierung, die sich nur sehr unwillig

---

* Englisches Weissbuch, Nr. 62.

entschieden habe, energisch gegen Serbien einzuschreiten, sich jetzt nicht mehr zurückziehen könne; auch könne sie sich nicht auf irgend eine Besprechung der Bedingungen der österreichisch-ungarischen Note einlassen." *

An demselben Tage, am 28. Juli, liess der deutsche Reichskanzler den englischen Botschafter holen und entschuldigte die Abweisung des Vorschlages zu einer Konferenz der neutralen Mächte damit, dass er nicht glaube, dass sie wirksam sein würde,

„weil, seines Erachtens, eine solche Konferenz aussehen würde wie ein 'Areopag,' mit zwei Mächten jeder Gruppe zu Gerichte sitzend über die zwei andern Mächte."

Nach dieser elenden und unaufrichtigen Sophisterei, und nachdem man ihn an Serbiens versöhnliche Antwort, die sich beinah auf eine Übergabe belief, erinnert hatte,

„sagte Seine Exzellenz, er habe keinen Wunsch, die serbische Note zu besprechen; aber Österreichs Standpunkt, dem er beistimme, sei der, dass sein Streit mit Serbien nur eine Angelegenheit Österreichs sei, die Russland garnichts angehe." †

Die Mobilmachung der Nationen.

Zu dieser Zeit mischten sich die Herrscher in den Streit. Der Kaiser, der von Norwegen zurückgekommen war, telegraphierte dem Zaren am 28. Juli:

„Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluss ein, um Österreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Russland anzustreben."

und rief den Zaren um Hilfe an. ‡

Ist der Kaiser aufrichtig gewesen, und das ist möglich, so war seine Haltung nicht die seines Auswärtigen Amtes. In dem ganzen Protokoll finden wir bloss seine eigene Behauptung, dass er alles tat, um den Frieden zu erhalten, aber die Schritte, die er tat, oder die Depeschen, die er schickte, um Österreich zu beeinflussen, sind in der formellen Verteidigung, die die deutsche Regierung veröffentlicht hat, nicht zu finden. Der Kaiser kann der Welt seine Unschuld an dem Verbrechen seiner Potsdamer Kamarilla nur beweisen, wenn er den Wortlaut irgend welchen Rates, den er den österreichischen Beamten gegeben hat, veröffentlicht. Er hat seine Telegramme an den Zaren veröffentlicht. Wo sind die Telegramme, die er vermutlich an den Kaiser Franz Josef oder

---

* Russisches Gelbbuch, Nr. 45.
† Englisches Weissbuch, Nr. 71.
‡ Deutsches Weissbuch, Anlage 20.

an den Grafen Berchtold geschickt hat? Wo sind die Anweisungen, die er seinen Botschaftern oder seinem Minister des Äusseren gegeben hat?

Es ist bedeutungsvoll, dass an demselben Tage Sazonof an den Grafen Benckendorff telegraphierte:

> „Meine Unterredungen mit dem deutschen Botschafter bestätigen meinen Eindruck, dass Deutschland mit der starren Haltung Österreichs im Grunde einverstanden ist,"

und er fügt hinzu, und die Geschichte wird ihm in seiner Schlussfolgerung Recht geben, dass

> „das berliner Kabinett, das die ganze Entwicklung dieser Krise hätte verhindern können, keinen Druck auf seinen Verbündeten auszuüben scheint."*

Am 29. Juli telegraphierte Sir Edward Goschen an Sir Edward Grey, er habe am Abend den deutschen Kanzler gesehen, der „eben von Potsdam zurückgekommen sei," wo er wahrscheinlich den Kaiser gesehen habe. Der deutsche Kanzler zeigte dann klar, wie die Sachen standen, denn er erklärte Sir Edward Goschen, dass, wenn England neutral bliebe, Deutschland sich verpflichten würde, kein französisches Gebiet zu annektieren. Als er über die französischen Kolonien befragt wurde, konnte er dieselbe Versicherung nicht geben.†

Später an demselben Tag sprach der deutsche Kanzler den englischen Botschafter wieder, und drückte sein Bedauern aus,

> „dass die Ereignisse zu schnell vor sich gegangen wären, und dass es folglich zu spät sei, um Ihren [Sir Edward Greys] Vorschlag anzunehmen, die serbische Antwort solle als Grundlage von Unterredungen dienen."‡

An demselben Tag besuchte der deutsche Botschafter in Petersburg Sazonof, und sagte, er sei zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen Wien und Petersburg geneigt; Sazonof gab seine Zustimmung.§ An demselben Tag ersuchte Sir Edward Grey die deutsche Regierung

> „irgend ein Verfahren vorzuschlagen, um den Plan einer Vermittelung zwischen Österreich und Russland, den Deutschland schon grundsätzlich gutgeheissen habe, praktisch auszuführen."

Darauf antwortete das deutsche Auswärtige Amt, dass es dieses nicht könne, denn wenn es seinem Verbündeten irgend einen Vorschlag, der wie Druck aussähe, mache, könne " es [Österreich] sich bewogen fühlen, die Sachen zu beschleu-" nigen, um ein *fait accompli* darzubieten."||

* Russisches Gelbbuch, Nr. 43.
† Englisches Weissbuch, Nr. 85.
‡ Englisches Weissbuch, Nr. 75.
§ Russisches Gelbbuch, Nr. 49.
|| Englisches Weissbuch, Nr. 76: Goschens Brief an Grey, 29. Juli.

Dieses war die letzte und armseligste Sophisterei, um Zeit zu gewinnen, während Österreich auf Belgrad vorrückte. Sie nimmt an, dass Österreich nicht nur den Wunsch seines mächtigen Verbündeten, ein gemeinsames Interesse betreffend, vielleicht ausser Acht lassen, sondern vielleicht auch Deutschlands Wunsche entgegen handeln würde. Das ist zu viel von der menschlichen Leichtgläubigkeit verlangt. Machte der deutsche Minister diese sardonische Bemerkung, ohne das Gesicht zu verziehen? Es mag vielleicht manchmal die Pflicht eines Diplomaten sein, zu lügen, aber ist eine so dumme Lüge je notwendig? Der deutsche Minister fügte in derselben Unterhaltung sardonisch hinzu, dass er nicht sicher sei, dass die Friedensversuche die Kriegserklärung nicht beschleunigt hätten, gerade als ob der Krieg mit Serbien nicht von Anfang an geplant und erwartet worden wäre.

Als letzten Versuch, die Sophistereien zu umgehen, schlug der britische Botschafter in Berlin dann vor, dass, nachdem Österreich sein militärisches Prestige befriedigt habe, es vielleicht eine günstige Zeit sein würde, um vier unbeteiligte Mächte zu ersuchen, die Lage zu besprechen und Vorschläge zur Verhinderung ernsterer Komplikationen zu machen.

Der deutsche Minister ging scheinbar auf diesen Vorschlag ein, aber, wie gewöhnlich, wurde absolut nichts getan.* Es ist wahr, dass am 29. Juli der deutsche Botschafter Sir Edward Grey versicherte, dass das deutsche Auswärtige Amt

> "versuche Wien zu bewegen, den Zweck und die Ausdehnung der österreichischen Operationen in Serbien, in Petersburg in einer zufriedenstellenden Form auseinanderzusetzen,"

aber auch in diesem Falle sind die entsprechenden Mitteilungen, die das deutsche Auswärtige Amt nach Wien geschickt hat, nie veröffentlicht worden.†

In derselben Konferenz bat Sir Edward Grey

> "nachdrücklich, die deutsche Regierung solle irgend ein Verfahren vorschlagen, um es möglich zu machen, den gesamten Einfluss der vier Mächte zu benutzen, um Krieg zwischen Österreich und Russland zu verhindern. Frankreich sei hiermit einverstanden. Italien sei hiermit einverstanden. Der ganze Plan einer Vermittelung oder eines Vermittelungseinfluss sei zur Ausführung bereit; hierfür solle Deutschland irgend ein Verfahren vorschlagen, falls das seinige nicht annehmbar sei. In der Tat, Vermittelung stehe bereit in jeder Weise, die Deutschland für möglich hielte, wenn nur Deutschland im Interesse des Friedens "auf den Knopf drücken wolle."‡

* Englisches Weissbuch, Nr. 76.
† Englisches Weissbuch, Nr. 84.
‡ Englisches Weissbuch, Nr. 84.

Die Schwierigkeit war aber, dass Deutschland nie "auf den Knopf gedrückt hat," obgleich es dies leicht gekonnt hätte, da es das stärkere und einflussreichere Glied des Zweibunds war.

An demselben Tage schickte die österreichische Regierung Sir Edward Grey eine Mitteilung, dass Graf Mensdorff gesagt habe, dass der Krieg mit Serbien weitergeführt werden müsse.

Abends am 29. Juli wurde der britische Botschafter in Berlin benachrichtigt, dass das deutsche Auswärtige Amt "noch keine Zeit gehabt habe, eine Antwort zu schicken" auf den Vorschlag, dass Deutschland die Weise der Vermittelung bestimmen solle; aber dass der Vorschlag an die österreichisch-ungarische Regierung geschickt worden sei, mit der Anfrage "was sie zufriedenstellen würde."*

Am nächsten Tage sagte der deutsche Botschafter Sir Edward Grey, die deutsche Regierung werde versuchen, Österreich zu dem Versprechen zu bewegen, dass, nachdem es Belgrad und die serbischen Grenzgebiete besetzt habe, es nicht weiter vordringen wolle, während die Mächte versuchten, es so einzurichten, dass Serbien Österreich genügende Satisfaktion gäbe, um Österreich zu befriedigen. Wenn aber je Deutschland einen solchen Einfluss auf Wien ausgeübt hat, ist kein Beweis hierfür je veröffentlicht worden. Jedenfalls hat solcher Einfluss keine besonderen Folgen gehabt, und die bereits angegebenen Gründe machen es unmöglich zu glauben, dass Deutschlands Ratschlag, wenn ehrlich gemeint, nicht von seinem schwächeren Verbündeten befolgt worden wäre.

Soweit das Protokoll zeigt, hat Österreich überhaupt nicht auf diesen höchst versöhnlichen Vorschlag Englands geantwortet: aber unterdessen hatte der impulsive Kaiser die Lage verschlimmert, da er dem Zaren telegraphiert hatte, dass die Mobilmachung Russlands der Mobilmachung Österreichs gegenüber seine Stellung als Vermittler beeinflusse. Der Zar schickte eine beschwichtigende Antwort, in der er sagte, dass Russlands Mobilmachung nur zur Verteidigung gegen Österreich diene.

Was konnte Russland mehr tun? Wenn Österreich weiter mobilisierte, warum nicht auch Russland?

An diesem Tage, am 30. Juli, hatte der deutsche Botschafter in Petersburg zwei Unterredungen mit Sazonof. Zu dieser Zeit, stellte Sazonof das folgende Dokument als Friedensgrundlage auf:

> „Wenn Österreich in der Einsicht, dass sein Streit mit Serbien jetzt die allgemeinen Interessen Europas berührt, sich bereit erklärt, die Bedingungen in seinem Ultimatum zu streichen, die die Souveränität Serbiens verletzen, macht sich Russland anheischig, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen."†

---

* Englisches Weissbuch, Nr. 107.

† Russisches Gelbbuch, Nr. 60.

Während die Dinge so lagen telegraphierte König Georg an Prinz Heinrich von Preussen :

> „Meine Regierung tut ihr Möglichstes, um Russland und Frankreich zu bewegen, weitere militärische Vorbereitungen aufzuschieben, falls Österreich sich mit der Besetzung Belgrads und des benachbarten serbischen Gebietes als Pfand für eine befriedigende Regelung seiner Forderungen zufrieden gibt, während gleichzeitig die anderen Länder ihre Kriegsvorbereitungen einstellen."

Der König fügt hinzu, dass er hofft, dass der Kaiser

> „seinen grossen Einfluss aufbieten wird, um Österreich zur Annahme dieses Vorschlages zu bewegen ; dadurch würde er beweisen, dass Deutschland und England zusammenarbeiten, um zu verhindern, was eine internationale Katastrophe sein würde."*

Dieser letzte Vorschlag ist jedoch nie angenommen oder abgeschlagen worden, denn der ungestüme Kaiser schickte Russland sein Ultimatum, in dem er die Einstellung der Mobilmachung innerhalb von 12 Stunden verlangte ; dies war eine arrogante Forderung, die keine sich selbst achtende Macht, geschweige denn eine Grossmacht wie Russland, annehmen konnte.

Während diese Forderung unterwegs war, machte Sir Edward Grey seinen letzten Versuch, um den Frieden zu erhalten ; er ersuchte Deutschland, Wien zu fragen, und er wollte Petersburg fragen, ob es den vier unbeteiligten Mächten möglich sein würde, Österreich vorzuschlagen, dass sie

> „die Garantie übernehmen würden, dass Österreich die vollste Satisfaktion für seine Serbien gestellten Forderungen erhielte, vorausgesetzt, dass diese weder die serbische Souveränität noch die Unantastbarkeit des serbischen Gebietes angriffen."

Sir Edward Grey ging weiter ; er erklärte dem deutschen Botschafter, dass, wenn dies nicht genügend sei, und wenn Deutschland irgend einen billigen Vorschlag machen wollte, um den Frieden zu erhalten, und wenn Russland und Frankreich diesen Vorschlag zurückwiesen

> „Seiner Majestät Regierung nichts mit den Folgen zu tun haben wollte,"

und dieses bedeutete augenscheinlich entweder Neutralität oder tatsächliche Intervention auf Seiten Deutschlands und Österreichs.

An demselben Tage ersuchte der britische Botschafter in Berlin das deutsche Auswärtige Amt, es solle

> „seinen Einfluss auf die Behörden in Wien ausüben, um sie zu bewegen, im allgemeinen Interesse etwas zu

---

* **Zweites deutsches Weissbuch.**

> tun, um Russland zu beruhigen, und um zu.zeigen, dass sie bereit seien, die Unterredungen auf einer freundschaftlichen Basis weiterzuführen."

Und Sir Edward Grey teilt mit, dass der deutsche Minister des Äusseren antwortete, dass er am vorherigem Abend

> "Österreich gebeten habe, Ihren letzten Vorschlag zu beantworten, und dass er die Antwort erhalten habe, dass der österreichische Minister des Äusseren sich heute morgen erkundigen werde, was die Wünsche des Kaisers seien."

Auch in diesem Falle ist der Wortlaut des Briefes, in dem Deutschland Österreich "gebeten" hat, nachgiebig zu sein, nicht veröffentlicht worden.

Die Entschuldigung Deutschlands, dass Russlands Mobilmachung es gezwungen habe zu mobilisieren, rechtfertigt den Krieg nicht. Mobilmachung bedeutet nicht immer Angriff, sondern einfach Vorbereitung. Wenn Russland das Recht hatte, zu mobilisieren, weil Österreich mobilisierte, hatte Deutschland auch das Recht zu mobilisieren, wenn Russland mobilisierte; aber es folgt nicht, dass eine der drei Nationen berechtigt war, Krieg anzufangen, um die andern zur Demobilisierung zu zwingen. Mobilmachung ist nur eine Vorbereitung gegen mögliche Vorkommnisse. Sie ist das Recht eines souveränen Staates und durchaus kein *casus belli.* Deutschlands Forderung, dass Russland sich nicht waffnen sollte, während Österreich sich vorbereitete, um möglicherweise Russland anzugreifen, war eine grossmäulige Unverschämtheit, wie sie selten oder nie in der Geschichte dagewesen ist. Sie behandelte Russland als einen untergeordneten, beinah als einen Vasallenstaat.

Dieser ungestüme Schritt Deutschlands, seinen grossen Nachbar zu zwingen, militärische Vorbereitungen zu seiner Verteidigung einzustellen, war sehr ungelegen, denn am 1. August erklärte der österreichisch-ungarische Botschafter der russischen Regierung zum ersten Mal, dass Österreich bereit sei, die Forderungen des österreichischen Ultimatums an Serbien zu besprechen; und es wurde dann vorgeschlagen, dass die Form des Ultimatums und die daraus entstehenden Fragen in London gründlich untersucht werden sollten. (Depesche vom britischen Botschafter in Wien an Sir Edward Grey, am 1. September 1914.) Sir Edward Grey teilte dieses sofort dem englischen Botschafter in Berlin mit, und hob hervor, dass es noch möglich sei, den Frieden zu erhalten

> "wenn nur etwas Zeit gewonnen werden kann, bevor irgend eine Grossmacht Krieg anfängt."

Aber der Kaiser, der das arrogante Ultimatum an Russland geschickt hatte, es solle innerhalb zwölf Stunden abrüsten, war zu weit gegangen, um sich zurückzuziehen, und, durch die arrogante Potsdamer militärische Partei angespornt, entfesselte er den Krieg.

Der Urteilsspruch.

Dieses sind die Tatsachen, die im Protokoll erscheinen, und meines Erachtens würde ein unparteiischer Gerichtshof nicht zögern, darüber das folgende Urteil zu fällen:

(1) Dass Deutschland und Österreich sich in einer Zeit tiefsten Friedens heimlich verständigten, ihren Willen in einer Angelegenheit, die das europäische Gleichgewicht betraf, Europa und Serbien aufzuzwingen. Ob sie dabei beabsichtigten, einen europäischen Krieg anzustiften, um die Oberherrschaft Europas zu erlangen, ist nicht hinlänglich bewiesen, obgleich ihre ganze Handlungsweise andeutet, dass es nicht unmöglich ist. Sie machten den Krieg beinah unvermeidlich dadurch (*a*) dass sie ein Ultimatum abschickten, das durchaus unsinnig war und in keinem Verhältnis zu irgend einem Klagegrund seitens Österreichs stand, und, (*b*) dass die Zeit, die sie Serbien und Europa bewilligten, ungenügend war, um die Rechte und die Verpflichtungen aller beteiligten Staaten in Erwägung zu ziehen.

(2) Dass Deutschland zu jeder Zeit imstande war, Österreich zu zwingen, vernünftig und nachgiebig zu handeln, dass es aber zu keiner Zeit diesen Einfluss wirksam ausgeübt hat. Im Gegenteil, es hat Österreich in seiner unbilligen Handlungsweise sicherlich unterstützt, und möglicherweise auch angespornt.

(3) Dass England, Frankreich, Italien und Russland zu jeder Zeit aufrichtig an der Erhaltung des Friedens arbeiteten und dass sie deshalb nicht nur Österreichs schlechtes Betragen zu Anfang übersehen, sondern auch jedes vernünftige Zugeständnis gemacht haben, in der Hoffnung, den Frieden zu erhalten.

(4) Dass Russland, da Österreich seine Armee mobilisiert hatte, berechtigt war, seine Truppen mobilzumachen. Solch eine Mobilmachung ist das Recht eines jeden souveränen Staates, und so lange die russischen Truppen die Grenze nicht überschritten oder aggressiv wurden, hatte keine andre Nation das Recht, sich hierüber zu beklagen, da jede das Recht hat, die gleichen Vorbereitungen zu treffen.

(5) Dass Deutschland, da es plötzlich Russland den Krieg erklärte, weil es nicht abrüstete, zu einer Zeit als die andern Mächte sich erboten hatten, jedes billige Zugeständnis zu machen, und während Friedensunterhandlungen noch im Gang waren, den Krieg beschleunigt hat.

Schlusswort.

Der Verfasser dieser Broschüre ist nur ungern zu diesen Schlussfolgerungen gekommen, denn er hat eine tiefe Zuneigung zu dem deutschen Volke und grosse Bewunderung für seine Ideale und seine unvergleichlichen Fortschritte. Noch mehr bewundert er den grossartigen Mut, mit dem das deutsche Volk, auf jeder Seite von mächtigen Feinden angegriffen, seine Stellung als eine Nation verteidigt. Aber dies kann nicht die moralische Wahrheit ändern; denn diese ist von Nationalitätsfragen ganz unabhängig. Auch kann es keinen Einfluss auf die Schlussfolgerung ausüben, dass die deutsche Nation durch ihre intrigierenden Staatsmänner und ihren all zu selbstbewusten und erregbaren Kaiser in diesen Abgrund gestürzt worden ist; ein Kaiser, der noch jetzt, im zwanzigsten Jahrhundert, aufrichtig glaubt, er sei Gottes Stellvertreter auf Erden und deshalb unfehlbar.

Deshalb sollte das der oberste Gerichtshof der Zivilisation, in der Fällung seines Urteils unterscheiden zwischen der militärischen Kaste, die, mit dem Kaiser und dem Kronprinzen an der Spitze, dieses grosse Unheil angestiftet hat, und dem deutschen Volke.

Die Geheimhaltung der Verschwörung gegen den Frieden der Welt und die Nichtveröffentlichung der oben erwähnten diplomatischen Mitteilungen weisen entschieden darauf hin, dass dieser abscheuliche Krieg ein Verbrechen ist, nicht nur gegen die Zivilisation, sondern gegen das getäuschte und irregeleitete deutsche Volk. Dieses hat seine Ideale und ist, seinem Nationalcharakter nach, friedlich und fortschrittlich; während die Ideale der militärischen Kaste die des Mittelalters sind.

Eines Tages wird das deutsche Volk die volle Wahrheit erfahren und dann wird es eine fürchterliche Abrechnung mit denen geben, die eine grosse und friedliche Nation in dieses Elend gestürzt haben.

„ Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich klein;
Ob aus Langmut er sich säumet, bringt mit Schärf' er alles ein."





